Seminar Öffentlichkeitsarbeit 2012

RA Stephan Friedrich Melchior

Gliederung des Vortrags

- I. Die Erstellung der Webseite
- II. Informationspflichten
- III. Medieninhalte & Dienstleistungen
- IV. Folgen von Rechtsverstößen
- V. Social Media (Facebook)

I. Erstellung der Webseite

- Auswahl der richtigen Domain
 - Rechtsnatur: Vermögenswert i.S.d. schuldrechtlichen Ansprüche gegen die Registrierungsstelle
 - Vergabezuständigkeit:
 - Weltweit: ICANN
 - Deutschland: DENIC
 - Praxis-Tipp:
 - ausführliche Googlerecherche und Recherche im Markenregister des DPMA
 - Über bereits registrierte Domains informieren in „Who is“ - Datenbanken
 - Registrierung der Domain nur zeitgleich mit Konnektierung einer Website

I. Erstellung der Webseite

- mögliche Rechtskonflikte durch die Domain:
 - Markenrecht:
 - Verwechslungsgefahr mit identischen oder ähnlichen Marken für identische oder ähnliche Dienstleistungen / Waren
 - Verletzung überragend bekannter Marken auch ohne Produktähnlichkeit durch Ausnutzung, Verwässerung oder sonstige Beeinträchtigung (Bsp.: shell.de)
 - Namensrecht, § 12 BGB:
 - bei namensmäßiger Identitätsverwirrung
 - Eigene Kennzeichenrechte an der Domain
 - Als „Unternehmenskennzeichen“ iSd § 5 MarkenG, wenn die Domain dem Vereinsnamen entspricht
 - Durch Erlangung von Verkehrsgeltung
 - Folgen von Rechtsverstößen:
 - Unterlassungs-, Schadensersatz-, Rechtsverfolgungskostenersatz-, Auskunftsansprüche
 - Kein Direktanspruch gegen DENIC – Aber: Möglichkeit eines DISPUTE-Eintrages

I. Erstellung der Webseite

- Webdesign-Verträge:
 - Rechtsnatur: Werkvertrag, §§ 631 ff. BGB
 - Probleme:
 - Unzureichend definierte Leistungspflichten / unklare Aufgabenverteilung
 - Enttäuschte subjektive Qualitätserwartungen des Kunden
 - Vorzeitige Kündigungen → Zahlung der Vergütung
 - Tipp:
 - Referenzseiten des Webdesigners begutachten
 - Detaillierte Leistungs- und Pflichtenbeschreibungen aufstellen
 - Ordnungsgemäße Abnahmen durchführen (auch Zwischenabnahmen)
 - Urheberrecht:
 - Kunde erhält einfaches Nutzungsrecht
 - Keine Weitergabe von Design & Programmierung an Dritte oder Verwendung für weitere Webseite

I. Erstellung der Webseite

- Webhosting = Anbindung ans Internet:
 - Wichtig: hohe Verfügbarkeit des Servers (mind. 96%)
- Suchmaschinenoptimierung
 - Keine geschützten Markenbegriffe als „Metatags“ verwenden
 - „Keyword-Advertising“ (z.B: Google-Adwords)
 - Keine geschützten Markenbegriffe als Keyword definieren
 - Keine Markenbegriffe in den Anzeigentext aufnehmen

II. Informationspflichten

- Impressumspflicht, §§5, 6 TMG
 - Sog. „Anbieterkennung“ muss *leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar sein*
 - Pflichtinhalt für einen Verein:
 - Name und Anschrift des Vereins (Rechtsformzusatz e.V. nicht vergessen)
 - Vertreten durch den Vorstand, Vorstandsvorsitzende(r).....
 - Telefonnummer, Telefaxnummer, Emailadresse
 - Zuständiges Vereinsregister & Registernummer
 - Ggfs. Umsatzsteueridentifikationsnummer
 - § 6 Abs.2 TMG enthält Vorgaben für E-Mails
 - Folgen der Nichtbeachtung
 - Ordnungswidrigkeit – Geldbuße bis 50.000 €
 - Abmahnung nach dem Wettbewerbsrecht wg. Unterlassen wesentlicher Informationen

II. Informationspflichten

- **Datenschutzhinweis(e), § 13 Abs.2 TMG**
 - Nur bei tatsächlicher Datenerhebung (z.B. Log-In für Nutzer)
 - Auch bei Verwendung von Analysetools und Facebook-Button
- **Datenschutzrecht allgemein:**
 - Für Onlinedatenverwendung geregelt im BDSG, TMG
 - Grundsatz: Datenerhebung und -Nutzung nur aufgrund gesetzlicher Legitimation oder Einwilligung des Betroffenen
 - Gestattungsvorschriften: §§ 14, 15 TMG, 28, 29 BDSG
 - Form der elektronischen Einwilligung in § 13 Abs.2 TMG geregelt

III. Inhalte der Seite – 1. Texte

- Urheberrechtsschutz
 - Gesetzeszweck: Schutz des geistigen Schaffens und Sicherstellung einer angemessenen Vergütung
 - Schutzgegenstand ist das „Werk“ iSd § 2 UrhG
 - Verwertungsrechte & Urheberpersönlichkeitsrechte
 - Einbindung fremder Texte / Textteile auf der Internetseite
 - Texte können als „Sprachwerke“ zugunsten des Urhebers geschützt sein
 - Entscheidend sind Komplexivität und Kreativität von Darstellung und Inhalt
 - Verletzung des Vervielfältigungsrechts, des Rechts der öffentlichen Zugänglichmachung und des Bearbeitungsrechts
 - Einholung einer Genehmigung oder einer Lizenz beim Rechteinhabers erforderlich

III. Inhalte der Seite – 1. Texte

.....

– Ausnahmen:

- Recht der freien Benutzung, § 24 UrhG
- Zitatrecht, § 51 UrhG
- §§ 48-50 UrhG = Ausnahmen für die Verwendung öffentlicher Reden, Zeitungsartikel zu politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen

– Urheberbenennung, § 13 UrhG

– Verlinkung:

- Zulässig, sofern die Inhalte ihrerseits rechtmäßig veröffentlicht sind.

III. Inhalte der Seite – 1. Texte

- Persönlichkeitsrechte
 - Grundlage in der Verfassung
 - Einfachgesetzlich verankert in §§ 823 ff. BGB, §§ 185 ff. StGB
 - Mögliche Rechtsverletzungen durch...
 1. Unwahre Tatsachenbehauptungen
 2. Unzulässige Meinungsäußerungen (Schmähekritik)
 3. Verletzung der Privatsphäre und des Geheimnisschutzes

III..... 2. Bilder, Videos etc.

- Aufnahme von Personen und (Tat)Orten
 - Personenaufnahmen:
 - Kann eine Persönlichkeitsrechtsverletzung sein – Würdigung der Gesamtumstände entscheidend
 - Immer verboten sind heimliche Aufnahmen
 - Bei besonders intensivem Eingriff in den geschützten Privatbereich kann das Fotografieren / Filmen sogar strafbar sein, vgl. § 201a StGB
 - TIPP: soweit möglich, sollten Einwilligungen eingeholt werden.
 - Aufnahme von Orten / Räumen
 - Zumindest im privaten Kernbereich u.U. unzulässig

III..... 2. Bilder, Videos etc.

- Wiedergabe von Bildern auf der Internetseite
 - Personen haben das „Recht am eigenen Bild“, § 22 KUG
 - Ist die abgebildete Person erkennbar, so bedarf es ihrer Einwilligung
 - Ausnahme nach § 23 KUG, wenn Person nur als „Beiwerk“ zu einer Örtlichkeit abgebildet
 - Bilder von Räumen & anderen Objekten
 - Es gelten die allgemeinen Regeln des Persönlichkeitsrechts
 - unzulässig bei Preisgabe privater Informationen (z.B.: Vermögenssituation)
 - ebenso unzulässig bei Bildern aus dem inneren häuslichen Bereich (Wohn- und Schlafzimmer)
 - Keine Angaben zu Adresse oder Kfz-Kennzeichen

III..... 2. Bilder, Videos etc.

- Urheberrechte

- Schutz als Lichtbildwerke oder Lichtbilder nach §§ 2 Abs.1 Nr.5, 72 UrhG
- Lizenz oder Einwilligung des Fotografen erforderlich
- Die Urheberbenennung ist immer Pflicht
 - Gilt auch zugunsten der feuerwehrinternen Einsatzfotografen
- Schutz Grafiken und Karten nach § 2 Abs.1 Nr.4, 7 UrhG
- Sonderfall Bildportale (Fotolia, aboutpixel etc.)
 - Achtung: Unterschiedliche Regelungen zur Urheberbenennung
 - Nutzungsrechte kompliziert und unlogisch ausgestaltet
 - Lizenzen oft nicht „sauber“
 - TIPP: Nutzungsbedingungen vorab genau lesen, Bilder genau studieren

III. Interaktion mit Nutzern

- Gästebücher:
 - geringes Risiko von Rechtsverstößen
 - Eintragungen sollten unter Klarnamen vorgenommen werden
 - Diffamierende Inhalte unmittelbar löschen
- Meinungs- und Diskussionsforen
 - höheres Risiko unzulässiger Inhalte
 - Bei anonymen Beiträgen droht die Inanspruchnahme des Plattformbetreibers durch betroffene Dritte
 - Risikominimierung durch:
 - Einrichtung von Nutzerkonten unter Einforderung der persönlichen Daten
 - Implementierung von Nutzungsbedingungen für das Portal (Haftungsübertragung auf Nutzer)
 - Unmittelbare Löschung des Beitrags und ggfs. Sperrung des Nutzers

III. Interaktion mit Nutzern

- Exkurs: Haftung für Rechtsverletzungen Dritter
 - Spezielle Haftungsvorschriften für Diensteanbieter im Netz in den §§ 7-10 TMG
 - Unbeschränkte Haftung für „eigene“ Inhalte
 - Gleichzusetzen damit ist das „Sich-zu-Eigen-Machen“ von Drittinhalten
 - Keine (Schadensersatz)Haftung für „fremde Inhalte“ als Hostprovider (Gastgeber), vgl. §§ 7, 10 TMG
 - Sofern keine Kenntnis von Rechtsverletzungen
 - Keine proaktiven Überwachungspflichten
 - **ABER: verschuldensunabhängige Störerhaftung möglich !**
 - wenn objektiver Beitrag zur Rechtsverletzung geleistet und zumutbare Prüf- und Überwachungspflichten verletzt

III. Interaktion mit Nutzern

.....

- Rechtsprechung des BGH (v. 25.10.2011, VI ZR 93/10)
 - Keine Haftung des Portalbetreibers, wenn:
 1. Der Betroffene die Rechtsverletzung konkret und nachvollziehbar darlegt
 2. Der Portalbetreiber leitet die Beanstandung sofort mit der Aufforderung zur Stellungnahme an den Verfasser weiter
 3. Stellungnahme bleibt aus – Beitrag wird gelöscht / Stellungnahme erfolgt – ggfs. weitere Darlegungen vom Betroffenen verlangen
 4. Bei Vorlage weiterer Nachweise seitens des Betroffenen ist der Beitrag zu löschen

III. Interaktion mit Nutzern

- Erstellung von Nutzungsbedingungen
 - Rechtsnatur: AGB, vgl. §§ 305 ff. BGB
 - Müssen vor Registrierung des Nutzers diesem angezeigt und von diesem akzeptiert werden
 - Sinnvolle Regelungen: Freistellungsklausel, Recht zur Sperrung oder Löschung bei Verdacht von Rechtsverletzungen, Klarnamenzwang
- Datenschutz bei Nutzerregistrierung
 - Da auch für die kostenlose Nutzung der Dienste (z.B.: Meinungsforum) ein vertragsähnliches Verhältnis entsteht können Daten nach § 14 TMG erhoben werden.

III. Interaktion mit Nutzern

- Erstellung von Nutzungsbedingungen
 - Rechtsnatur: AGB, vgl. §§ 305 ff. BGB
 - Müssen vor Registrierung des Nutzers diesem angezeigt und von diesem akzeptiert werden
 - Sinnvolle Regelungen: Freistellungsklausel, Recht zur Sperrung oder Löschung bei Verdacht von Rechtsverletzungen, Klarnamenzwang
- Datenschutz bei Nutzerregistrierung
 - Da auch für die kostenlose Nutzung der Dienste (z.B.: Meinungsforum) ein vertragsähnliches Verhältnis entstehen können Daten nach § 14 TMG erhoben werden.
- Mitgliederbereiche für Vereinsmitglieder
 - Für die Nutzung der Internetseite gelten die geschriebenen und ungeschriebenen Regeln des Vereinsrechts
 - Datenschutzrechtliche Fragen stellen sich nicht, da Daten dem Verein bekannt

III. E-Mail-Versand / Newsletter

- Rechtsgrundlagen: § 7 UWG, § 28 Abs.3 BDSG
 - § 7 UWG
 - Wettbewerbsrecht auch auf Vereine anwendbar
 - Gilt nur für E-Mails zum Zwecke der „Werbung“
 - Ausgenommen daher: vereinsinterne Mails an Mitglieder
 - „vorherige ausdrückliche Einwilligung“ seitens des Empfängers
 - § 28 Abs.3 BDSG
 - Verlangt ebenfalls die Einwilligung zum Zwecke der Werbung
 - Für die Einwilligung gelten die Vorgaben aus § 13 Abs.2 TMG, § 28 Abs.3a BDSG

III. E-Mail-Versand / Newsletter

- Praktische Umsetzung- CHECKLISTE:
 - Einwilligung nur für klar definierte Newsletter / Werbemails
 - hinreichende und transparente Erläuterung des/der Newsletter-Inhalt(e)
 - keine Ausübung von Zwang und/oder Druck
 - Einwilligung muss aktiv vom Einwilligenden vorgenommen werden (kein Opt-Out)
 - Einwilligung erfolgt deutlich abgegrenzt von anderen Informationen und geschäftsähnlichen Erklärungen
 - der Einwilligende sollte zumindest das Jugendlichenalter erreicht haben
 - Hinweis auf Widerspruchsrecht (Tipp: mitteilen, dass Widerruf mit nur einem Klick möglich)
 - Hinweis auf beabsichtigte Datenverwendung (insbesondere bei der Erhebung zusätzlicher Daten)
 - Verbot der Kopplung mit anderweitig nur schwer zu erlangenden Dienstleistungen/Waren

III. E-Mail-Versand / Newsletter

- nach Erteilung:
 - Einwilligung wird protokolliert
 - ist jederzeit abrufbar für den Einwilligenden
 - jederzeit widerrufbar
- Technisches Verfahren – „Double-Opt-In“
 - **1.** Empfänger trägt sich online für den Newsletter ein (nicht nachweisbar)
 - **2.** Daraufhin erhält er eine E-Mail, in welcher er auf die Anmeldung hingewiesen wird, verbunden mit der Aufforderung, einen Bestätigungslink anzuklicken. (eher nachweisbar, da E-Mail-Account passwortgeschützt)
 - E- Mail enthält:
 - 1. keine Werbung, sachlich formuliert
 - 2. Hinweis, dass eine Einwilligung erst mit Betätigung des Links vorliegt
 - 3. sämtliche für die Einholung der Einwilligung erforderlichen Informationen
 - Verfahren rechtlich weitestgehend unbedenklich

III. E-Mail-Versand / Newsletter

- Abbestellung des Newsletters:
 - Nach Bestätigung des Abbestell-Links wird Empfänger unmittelbar aus Verteiler gelöscht
 - Abbestellung auch per Mail und anderweitig zulässig (Anruf)
 - Keine Bestätigungsmail. Kein Double-opt-Out.
- Inhaltliche Vorgaben für Mails, §§ 5,6 TMG:
 - Aussagekräftige und inhaltsbezogene Betreffzeile
 - Absenderklarheit
 - Impressum aufnehmen (verlinkt oder Volltext)

IV. Folgen von Rechtsverstößen

- Zivilrechtliche Haftung
 - Abmahnung zur Geltendmachung des Unterlassungsanspruchs
 - Kostenansprüche:
 - Erstattung der Rechtsverfolgungskosten: zwischen 400-700 €
 - u.U. Schadensersatzansprüche (z.B.:Lizenzgebühren)
- Ordnungswidrigkeit / Bußgelder
 - Verstoß gegen Datenschutzgesetz = bis zu 300.000 €
 - Verstoß gegen TMG (z.B.: Impressumspflicht) = bis zu 50.000 €

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !